

te das Plenum der richtige Ort, darüber abzustimmen.

Das fällt Ihnen schwer, insbesondere nach der sehr sensiblen Diskussion, die wir heute Morgen in sozialpolitischen Fragen hatten,

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

bei der wir von SPD und Grünen große Übereinstimmung mit Herrn Laumann festgestellt haben und dass man auch über Parteigrenzen hinweg gehen muss. Deswegen können wir Ihnen das nicht ersparen. Wir finden diesen Antrag in der Sache richtig. Es geht nicht um Vorführen, wenn Sie sagen, Sie wollen das in der Sache zum Teil auch. Es reicht nicht nur, den Mund zu spitzen. Irgendwann, Herr Breuer, muss man auch pfeifen.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Aus diesem Grunde halten wir es für richtig, heute namentlich über diesen Antrag abzustimmen, um ein Signal an die Menschen – insbesondere arme Menschen – zu geben. – Herzlichen Dank.

(Beifall von GRÜNEN und SPD)

Vizepräsidentin Angela Freimuth: Vielen Dank, Frau Kollegin Löhrmann. – Ich frage sicherheits halber, ob es noch weitere Wortmeldungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Die Beratung ist abgeschlossen.

Die Fraktion der SPD hat gemäß § 43 unserer Geschäftsordnung **namentliche Abstimmung** beantragt. Nach Abs. 2 dieses Paragrafen erfolgt die namentliche Abstimmung durch Aufruf der Namen der Abgeordneten. Die Abstimmenden haben bei Namensaufruf mit Ja oder Nein zu antworten oder zu erklären, dass sie sich der Stimme enthalten. Erklärt sich ein Mitglied des Landtags nicht, so gilt dies als Nichtbeteiligung an der Abstimmung.

Ich bitte den Kollegen, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt; Namensliste siehe Anlage.)

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Haben alle Abgeordneten ihre Stimme abgegeben?

(Norbert Killewald [SPD]: Wir können Minister Laumann noch einmal fragen!)

– Gut. Gibt es irgendjemanden, der seine Stimme nicht abgegeben hat? – Das ist offensichtlich nicht der Fall.

Dann, meine Damen und Herren, schließe ich die Abstimmung und bitte die Schriftführer, die Auszählung vorzunehmen.

(Die Stimmen werden ausgezählt.)

Vizepräsident Oliver Keymis: Liebe Kolleginnen und Kollegen, das **Ergebnis** der namentlichen Abstimmung liegt vor. Mit Ja haben 74 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 84 Abgeordnete. Es gab keine Enthaltungen. Damit ist der **Antrag** der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen **Drucksache 14/4346 abgelehnt**.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir sind am Ende des Tagesordnungspunktes 6.

(Anhaltende Unruhe)

– Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Plenarsitzung ist noch nicht beendet, auch wenn Sie alle das Gefühl haben, jetzt das Abstimmungsergebnis feiern zu müssen.

Wir kommen nun zu:

7 Gesetz zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 14/2774

Beschlussempfehlung und Bericht
des Ausschusses für Wirtschaft,
Mittelstand und Energie
Drucksache 14/4356

zweite Lesung

Zunächst hat sich für die CDU-Fraktion Herr Kollege Hovenjürgen zu Wort gemeldet.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der heute zur Abstimmung stehende Gesetzentwurf zur Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr auf den Regionalverband Ruhr hat in den meisten Ausschüssen, die sich mit ihm befasst haben, eine breite Mehrheit gefunden. Die Einzigen, die diesem wichtigen Zukunftsschritt für das Ruhrgebiet konsequent ihre Zustimmung verweigert haben, sind die Sozialdemokraten hier im Hause.

(Frank Sichau [SPD]: Moment!)

– Herr Sichau, ich darf auch an Sie als einen Vertreter der Sozialdemokratie in diesem Hause appellieren, endlich Ihren Widerstand aufzugeben,

diesen wichtigen Schritt für die Zukunft des Ruhrgebiets gemeinsam mit uns zu gehen und damit eine breite Basis für die Zukunft des Ruhrgebiets zu schaffen.

(Beifall von der CDU – Prof. Dr. Gerd Boltermann [SPD]: Sie leiten damit eine Fehlentwicklung ein, Herr Hovenjürgen!)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, des Weiteren hat der hier vorliegende Gesetzentwurf den Vorteil, dass er die handwerklichen Fehler des alten RVR-Gesetzes behebt. Die Koalition der Erneuerung hat sich im Koalitionsvertrag vorgenommen, das Ruhrgebiet nach vorne zu bringen. Mit diesem Gesetzentwurf sind wir diesem Ziel einen erheblichen Schritt näher gekommen und setzen dieses Vorhaben konsequent um.

So wird die Kritik, der gesetzlich gebildete Vorstand spiegele die politischen Mehrheitsverhältnisse der Verbandsversammlung nicht wider, aufgenommen, indem als gesetzliche Vorgabe festgeschrieben wird, einen Verbandsausschuss zu bilden. Dieser spiegelt die politischen Verhältnisse des Ruhrgebietes deutlicher wider als die Besetzung des Vorstandes.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Unglaublich!)

Auch die Terminierung für die faktische Umsetzung zur Kommunalwahl 2009 ist sinnvoll, weil so in der laufenden Legislaturperiode der jetzigen Regionalräte keine schwierigen strukturellen Änderungen erfolgen müssen.

Herr Eiskirch, Sie haben „Unglaublich!“ in die Debatte gerufen. Für unglaublich halte ich zum Beispiel einen Kommentar des Landrats des Kreises Recklinghausen, Jochen Welt, eines Mitglieds Ihrer Partei, zur Wertigkeit dieses Vorstandes. Er hat gesagt:

„Die Wichtigkeit dieses Gremiums ist nicht so maßgeblich. Ich habe an acht von 16 Sitzungen teilgenommen. Was für den Kreis Recklinghausen wichtig ist, entscheide ich selbst.“

So der O-Ton des Landrats Jochen Welt!

Daran wird im Übrigen deutlich – dort liegt meines Erachtens auch Ihr Problem, Herr Eiskirch –, dass Sie im Ruhrgebiet von Kirchturmsdenken geprägt sind – jeder für sich.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Sie sind nicht in der Lage, über den Tellerrand zu schauen. Sie sind offensichtlich auch nicht in der Lage, die Eitelkeiten Ihrer einzelnen Oberbürgermeister unter einen Hut zu bekommen.

(Beifall von CDU und FDP)

Wir wollen mit der heutigen Verabschiedung dieses Gesetzes einen Riesenschritt auf die Eigenständigkeit der Verwaltung des Ruhrgebiets zugehen. Wir wollen diese Region stärken, eine schnellere und vor allen Dingen nachvollziehbare Vorgehensweise in der Metropole Ruhr erreichen und so gemeinsam die Zukunft unserer Region gestalten. Wir machen das Ruhrgebiet stark.

Meine Damen und Herren von der Sozialdemokratie, Sie haben heute noch einmal die Chance, diesen Weg mitzugehen. Nutzen Sie diese Chance. Begleiten Sie uns auf dem Weg, das Ruhrgebiet stark zu machen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die SPD-Fraktion hat jetzt Herr Kollege Töns das Wort.

Markus Töns (SPD): Meine Damen und Herren! Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Hovenjürgen, es ist schon ziemlich abenteuerlich, wenn jemand, der nach Coesfeld will und das Ruhrgebiet im Prinzip nicht mehr im Kopf hat, hier über die Zukunft des Ruhrgebiets redet.

(Beifall von der SPD)

Das müssen Sie aber mit sich selbst ausmachen.

Das Ruhrgebiet, die Metropole Ruhr, ist ein Ballungsraum mit ca. 5 Millionen Einwohnern im Herzen unseres Landes und blickt auf eine 150-jährige Industriegeschichte zurück. Gerade diese Industriegeschichte hat der Region ein ganz besonderes Gesicht gegeben und einzigartige Strukturen geschaffen. Die Metropolregion Ruhr ist polyzentrisch strukturiert und dezentral organisiert. Sie besitzt einen eigenen Stadtcharakter, der nicht nur in Nordrhein-Westfalen und Deutschland einzigartig ist, sondern in ganz Europa seinesgleichen sucht.

Nicht erst seit der erfolgreichen Kulturhauptstadt-Bewerbung „Essen für das Ruhrgebiet“ ist jedem klar, dass in dieser Region Power steckt. Die Metropolregion Ruhr arbeitet zusammen. Sie braucht keine von oben verordneten Strukturreformen.

Meine Damen und Herren, das Problem mit Ihrem Gesetzentwurf ist folgendes: Sie kennen das Ruhrgebiet nicht.

(Beifall von der SPD – Lachen von der CDU)

Sie kennen nicht die Probleme, die es dort ohne Zweifel gibt. Da hilft es auch nichts, wenn der

selbst ernannte Arbeitervorführer Jürgen Rüttgers markige Worte zum Ruhrgebiet sagt. Meine Damen und Herren, was Sie stört, ist, dass Sie im Ruhrgebiet nicht stattfinden. Die Menschen dort vertrauen Ihnen nicht. Das ist der Punkt.

(Zurufe von der CDU: Oh!)

Aber schauen wir uns diesen Gesetzentwurf einmal genauer an. Ich werde Ihnen drei Gründe nennen, die dafür sprechen, ihn abzulehnen.

Erstens. Sie übertragen die Regionalplanung ab der Kommunalwahl 2009 auf den RVR. Hier stellt sich doch die Frage: Warum tun Sie es jetzt? – Es gibt keinen Grund, heute gesetzlich zu regeln, was erst 2009 gelten soll. Diese Vorgehensweise der Landesregierung ist schon allein deshalb abzulehnen, weil die Änderung von Zuständigkeiten losgelöst von einer großen Verwaltungsstrukturreform nicht funktionieren kann.

Zweitens. Sie führen eine flächendeckende regionale Flächennutzungsplanung ein. Zweifelsfrei ist die regionale Flächennutzungsplanung ein interessantes Planungsinstrument. Gerade für die polyzentrische Metropole Ruhr mit ihren unterschiedlichen kommunalen Aufgaben kann dieses Planungsinstrument das geeignete Mittel sein.

Die Städte Bochum, Essen, Gelsenkirchen, Herne, Mülheim an der Ruhr und Oberhausen haben beispielhaft eine Planungsgemeinschaft gegründet und nutzen die regionale Flächennutzungsplanung. Aber was zeigt uns das? Es zeigt, dass die bisherige Gesetzeslage schon ausreicht, um Planungsgemeinschaften zu bilden.

Aber es zeigt uns noch viel mehr, dass wir die Kommunen erst einmal arbeiten lassen müssen, um modellhaft erste Erkenntnisse aus diesem Probelauf zu ziehen. Dann kann und muss entschieden werden. Das ist richtig. Was Sie machen: Sie chaotisieren nur die bestehende Rechtslage.

(Beifall von der SPD)

Erfahrungen müssen gemacht und dann ausgewertet werden. Das ist der richtige Weg.

Drittens, meine Damen und Herren, schaffen Sie den Vorstand des RVR ab und ersetzen ihn durch einen Verbandsausschuss. An dieser Stelle wird deutlich, warum dieses Gesetz jetzt und nicht zu einem späteren Zeitpunkt verabschiedet werden muss: Es geht Ihnen nur um Macht.

(Beifall von der SPD)

Es ist schon schmerzlich für eine Landesregierung, Herr Hovenjürgen, wenn Sie in einem Drittel

des Landes, in einer bedeutenden Industrieregion, politisch keine Rolle spielen.

(Zuruf von der CDU)

Sie entmachten die Oberbürgermeister und Landräte, die bisher dem Vorstand angehört haben. Gerade die direkt gewählten Oberbürgermeister und Landräte haben in den vergangenen Jahren dazu beigetragen, gemeinsame Projekte voranzutreiben und diese auch umgesetzt.

(Minister Oliver Wittke: Herr Oberverlierer Langemeyer!)

Ein gutes Beispiel ist hierfür neben anderen die erfolgreiche Bewerbung zur Kulturhauptstadt 2010. Sie ersetzen direkt gewählte Oberbürgermeister – Sie haben auch mal dazugehört, Herr Wittke,

(Minister Oliver Wittke: Richtig!)

und sind zu Recht abgewählt worden – und Landräte durch Funktionäre. Nichts anderes tun Sie.

(Lachen und Zurufe von der CDU)

Meine Damen und Herren, Sie sehen, es geht der Landesregierung nicht um eine sinnvolle und sachgerechte Politik für das Ruhrgebiet. Es geht der Landesregierung einzig und allein darum, Strukturen im Ruhrgebiet zu zerstören. Es geht um Macht für CDU-Apparatschiks und nichts anderes. Glück auf!

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Töns. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker¹⁾ (GRÜNE): Sehr geehrte Damen und Herren! Herr Präsident! Aus unserer Sicht verfolgt das vorliegende Gesetz zwei Ziele: erstens die Übertragung der Regionalplanungskompetenz auf den RVR und zweitens die Abschaffung des Vorstandes des Verbandes zugunsten der Einrichtung eines Verbandsausschusses.

Mit dem Gesetz setzt die Landesregierung aus unserer Sicht einen Weg fort, den die rot-grüne Regierung mit dem Gesetz zur Stärkung der regionalen und interkommunalen Zusammenarbeit der Städte, Gemeinden und Kreise Nordrhein-Westfalens und dem Gesetz über den Regionalverband Ruhrgebiet im Jahre 2003 begonnen hat.

Hat dieses erste RVR-Gesetz die Möglichkeiten der interkommunalen Zusammenarbeit besonders im Bereich der Freizeit, Erholung, Kultur und der Wirtschaftsförderung erweitert, aber auch die

Möglichkeit der interkommunalen Flächennutzungspläne eröffnet, so wird mit dem vorliegenden Gesetz ein einheitlicher Planungsraum Ruhr geschaffen.

Das rot-grüne und damals mit Zustimmung der CDU in Kraft gesetzte RVR-Gesetz hat dem Verband die Instrumente der informellen Planung, nämlich der sogenannten Masterpläne, sowie der regionalen Trägerschaften gegeben. Sie bleiben bestehen.

Mit der förmlichen staatlichen Regionalplanung, die nun hinzugefügt wird, verfügt das Ruhrgebiet aus unserer Sicht dann über ein differenziertes Instrumentarium, Herr Kollege. Es reicht von konkreten Projekten über informelle Pläne bis zur förmlichen Regionalplanung. Wir als Grüne in diesem Haus begrüßen diesen Schritt, denn er ist konsequent und er kann dazu beitragen, dass sich die Region als Gesamtes, als Metropole, nach innen festigt und nach außen auch erkennbar macht, indem sie als Gesamtregion agiert.

Im Übrigen ist es ein politischer Erfolg all derer, die sich zum Teil seit mehr als zehn Jahren für eine Stärkung der Region Ruhr einsetzen. Wir Grünen gehören im Ruhrgebiet und auch hier im Landtag zu diesen Kräften.

(Beifall von GRÜNEN und CDU)

Meine Damen und Herren, seit 1989 wollten die Grünen und die Grünen im Ruhrgebiet in diese Richtung. Wie schon gesagt, unter Rot-Grün haben wir im Jahre 2004 die Umwandlung des Kommunalverbandes Ruhrgebiet in den Regionalverband Ruhr und damit einen ersten wichtigen Schritt mit angestoßen. Nun geht die Landesregierung in dieser Frage, auch unterstützt von unserer Fraktion, einen Schritt weiter. Und das ist gut für die Metropole Ruhr.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Sie kann in Zukunft im Rahmen der Rechte und der Pflichten der Landes- und der Regionalplanung als Region eine gemeinsame Lösung für Fragen der Freiraumgestaltung, der Gewerbe- oder der Wohnsiedlungsflächenplanungen suchen.

Meine Damen und Herren, darüber hinaus erhält der RVR für sein Verbandsgebiet das Beratungsrecht für die Vorbereitung von raumbedeutsamen und strukturwirksamen Planungen und Förderprogrammen wie denen des Städtebaus, für den Bau von Schulen, von Sportstätten, Krankenhäusern, Freizeit- und Erholungsanlagen, für Maßnahmen der Landschaftspflege, der Wasserwirtschaft, der Abfallbeseitigung, für Kultur und Tourismus.

Wir begrüßen den Vorschlag, diese Kompetenzübertragung erst mit der nächsten Kommunalwahl 2009 vorzunehmen, um die bestehenden gewählten Regionalräte nicht mitten in der Wahlperiode aufzulösen und neu konstituieren zu müssen. Im Übrigen ist das aus unserer Sicht ein Schritt, der auch rechtlich höchst problematisch gewesen wäre.

Kommen wir zu Art. 2 des Gesetzes, der Abschaffung des Vorstandes und dessen Ersetzung durch einen Verbandsausschuss. Dazu, meine Kolleginnen und Kollegen, muss ich Ihnen Folgendes sagen: Die Zusammensetzung des Vorstandes mit den Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeistern aus den Mitgliedstädten sowie den Landräten aus den Kreisen war bislang gedacht wie ein Verwaltungsvorstand.

Uns ist aus den bisherigen Debatten und der Anhörung klar geworden, dass sich die Rechtsbedenken der CDU insbesondere gegen die Teilnahme der Fraktionsvorsitzenden richten. Wie die Anhörung deutlich ergeben hat, ist es ein Fakt, dass offenkundig insbesondere der CDU-Fraktionsvorsitzende weite Teile der Debatten in den Vorstandssitzungen bestimmt hat und ansonsten die Sitzungen von wenig Kontroversen geprägt waren. Dieser Vorstand war im Wesentlichen ein Gremium, der beratende, entscheidungsvorbereitende Funktion hatte. Er sorgte dafür, dass die direkt gewählten kommunalen Spitzen einbezogen waren.

Die praktische Erfahrung nach gut zwei Jahren RVR lässt sich wie folgt zusammenfassen: Die Einbindung ist von großem Nutzen gewesen, um eine regionale Abstimmung in der praktischen Politik zu gewährleisten.

(Beifall von der SPD)

Ich möchte in diesem Zusammenhang ein wichtiges Beispiel aus vielen hervorheben: Die Runde der OBs und der Landräte hat sich einstimmig und über alle Parteigrenzen hinweg für die Umsetzung des regionalen Luftreinhalteplanes, Herr Kollege, ausgesprochen. Umweltminister Uhlenberg kann dies sicherlich gerne bestätigen, weil er an dieser Sitzung des Vorstandes teilgenommen hat.

Also: Auch die Landesregierung und das Land profitieren davon, wenn die Region mit einer gemeinsamen Stimme spricht. Wir als Grüne bleiben dabei: Die Abschaffung des Vorstandes wird sich nachteilig für die Region auswirken. Der Vorstand hat die Oberbürgermeister und Landräte zumindest in diesem Gremium dazu gezwungen, sich mit einem Blick über den Tellerrand hinweg zu-

sammenzusetzen und auf die regionale Perspektive zu schauen.

Es wird künftig schlechterdings aufgrund der Größe des neuen Ausschusses kaum noch möglich sein, dass alle Hauptverwaltungsbeamten der Städte und Kreise in dem Gremium vertreten sind. Das wird zur Folge haben, dass sich Oberbürgermeister und Landräte zunehmend aus diesem Gremium zurückziehen.

Sie von der CDU sichern mit diesem neuen Gremium vorrangig Ihren Entscheidungseinfluss. Ich bin der festen Überzeugung, dass Sie den RVR-Vorstand heute nicht abschaffen würden, wenn im Vorstand nicht 13 Oberbürgermeister und Landräte von der SPD, sondern 13 Oberbürgermeister und Landräte von der CDU vertreten wären.

(Beifall von Markus Töns [SPD])

Wir haben in dieser Debatte Vorschläge unterbreitet, wonach zum Beispiel mit der Einführung eines Zweidrittelquorums die bestehenden und nachvollziehbaren Bedenken – da will ich Ihnen gerne entgegenkommen – hätten ausgeräumt werden können. Unsere Vorschläge haben bei den Regierungsfractionen von CDU und FDP aber keinen Widerhall gefunden. Das beweist aus meiner Sicht, dass es Ihnen um Machtpolitik und nicht um einen gleitenden Übergang und eine angemessene Sachpolitik gegangen ist.

(Beifall von den GRÜNEN)

In der Gesamtabwägung der Vor- und Nachteile, die dieses Gesetz enthält, sind wir Grüne – das will ich ganz deutlich sagen – trotzdem zu dem Ergebnis gelangt, dass die Übertragung der Regionalplanung für die Metropole Ruhr an den Regionalverband Ruhr der wichtige Schritt in die Zukunft für das Ruhrgebiet ist. Ich wiederhole gerne noch einmal: Dafür treten wir Grünen seit nunmehr weit über zehn Jahre politisch ein. Die Landesregierung setzt das jetzt um.

Wenn die Kirchtürme der lokalen Egoisten im Ruhrgebiet mit diesem Gesetz zwar nicht unbedingt kleiner werden, so wird die städteübergreifende Regionalplanung aber doch zumindest dafür sorgen, dass die Kirchtürme nicht weiter auseinanderdrücken. In diesem Sinne werden wir dem Gesetzentwurf heute trotz der Bauchschmerzen bezüglich des Vorstandes und trotz der Bauchschmerzen bezüglich des neuen Gremiums zustimmen.

Wir appellieren an Sie, dass Sie mit der neuen Mehrheit, die Sie aus dem neuen Konstrukt möglicherweise gewinnen können, so verantwortungsvoll umgehen, wie wir es jetzt mit Ihrem Gesetz-

entwurf tun. Ich glaube, diesen Appell an Sie richten zu dürfen. – Schönen Dank.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Becker. – Für die Fraktion der FDP hat Herr Ellerbrock das Wort.

Holger Ellerbrock (FDP): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Es fällt mir schwer, aber die Sache gebietet es: Ich muss Herrn Kollegen Becker recht geben.

(Beifall von FDP und CDU)

Es ist für mich ein Novum. Aber wenn Sie sagen, die Region ist nur stark, wenn sie zusammenhält, wenn Sie sagen, dies führe letztendlich dazu, dass sie das bewerkstelligen kann, dann ist das richtig.

Herr Töns, ich bin sicher: Die Aussagen des Herrn Kollegen Hovenjürgen, der nicht mit dem Erstwohnsitz im Ruhrgebiet ansässig ist, halte nicht nur ich für richtig. Seine Aussagen werden die Zustimmung der Mehrheit des Parlaments finden. Er hat uns überzeugt.

Sie fragen, warum wir das jetzt machen. – Auch das ist etwas ganz Neues: Wir machen etwas frühzeitig und verlässlich, damit sich die Leute darauf einstellen können.

(Beifall von der FDP)

Wir machen es der Kalkulierbarkeit wegen. Das unterscheidet unsere von Ihrer Politik. Dass Sie dies aufgrund Ihrer langjährigen Erfahrung nicht nachvollziehen können, kann ich nachempfinden.

Meine Damen und Herren, mit dem vorliegenden Gesetzentwurf soll die Regionalplanung auf das Ruhrgebiet übertragen werden. Und das soll aus den eben dargestellten Gründen nach dem Jahr 2009 geschehen.

Damit verbindet sich nicht nur eine Chance für das Ruhrgebiet, sondern auch eine Pflicht. Ich hoffe, es leistet wirklich einen Beitrag dazu, die lokalen Egoisten im Ruhrgebiet zu überwinden. Das hoffe ich wirklich. In der Vergangenheit waren zahlreiche Versuche leider nicht erfolgreich.

In diesem Zusammenhang muss man auch klar fragen, wer weiterhin die Arbeit leistet. Die Arbeit leistet nicht der Regionalverband. Die Grundlagenarbeit wird weiterhin von der Bezirksregierung ausgeführt. Deswegen ist der Regionalverband gut beraten, frühzeitig gute Kontakte zu den Bezirksregierungen aufzubauen.

Die „taz“ ist nicht die Hauszeitung der FDP oder der CDU. Sie hat richtigerweise Folgendes geschrieben:

„Der RVR ist künftig allein für die Regionalplanung im Revier zuständig. Für den größten Ballungsraum Europas ist das ein längst überfälliger Schritt. Das Ruhrgebiet mit seinen 5,3 Millionen kann nur vereint aus der Krise finden; denn bisher beherrschten Kirchturmdenken und Provinzialität die Metropole Ruhr, die sich in Größe und Einwohnerzahl durchaus mit London und Paris messen kann – von Berlin ganz zu schweigen. Nicht miteinander, sondern in Konkurrenz stehend versuchten die Oberbürgermeister der zumeist SPD-regierten Städte und Kreise, die gemeinsamen Probleme der Region zu bekämpfen.“

Meine Damen und Herren, Oliver Wittke war eine Ausnahme. Er hat versucht, auf Konsens zu setzen. Leider konnte er dies nicht lange genug durchführen. Ich will noch einmal die „taz“ zitieren. Das Ruhrgebiet wurde durch das Kleingeistige immer zurückgeworfen. Dieses wird bildlich, materialisiert sich geradezu in der Aussage des Oberbürgermeisters Langemeyer aus Dortmund. Er sagte:

Ich will doch nicht Nebenbürgermeister des Oberbürgermeisters des Ruhrgebiets aus Essen werden.

Das ist eine Kleingeistigkeit.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Falsch zitiert! Falsch zitiert!)

– Ich schaue gerne nach. Herr Kollege, ich schaue nach.

Ich habe keine Lust, Bürgermeister eines Vororts von Essen zu werden.

Nichts drückt den Kleingeist – Kunibert-Ludwig-Emil-Ida-Nordpol-Gustav-Emil-Ida-Siegfried-Theodor – mancher Sozialdemokraten – das wollte ich Ihnen ersparen, jetzt lese ich das Zitat aber natürlich gerne noch einmal vor – besser aus als dieses öffentliche Statement des Dortmunder Oberbürgermeisters Langemeyer.

(Beifall von der FDP)

Das soll jetzt geändert werden. Hier gibt es jetzt eine Chance, dies zu ändern. Ich hoffe, das Ruhrgebiet kann diese Chance nutzen. Ich kann das Ruhrgebiet und den Regionalverband nur auffordern: Nutzen Sie die Chance, nutzen Sie frühzeitige Kontakte zu den entsprechenden Bezirksregierungen. Das ist die Plattform, das ist der Stein-

bruch, aus dem Sie Ihre Arbeit später in den Regionalplan einspeisen können. – Danke schön.

(Beifall von der FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Ellerbrock. – Für die Landesregierung spricht in Vertretung für Frau Ministerin Thoben Herr Minister Wittke.

Oliver Wittke, Minister für Bauen und Verkehr: Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Wir machen das Ruhrgebiet stark. Wir machen es stark, indem wir einen Fehler von 1975 revidieren, als dem Ruhrgebiet die einheitliche Planungskompetenz genommen worden ist. Wenn Sie sich einmal in Fachkreisen umhören, werden Sie feststellen, dass an vielen Stellen das, was der Siedlungsverband Ruhrkohlenbezirk über viele, viele Jahrzehnte im Ruhrgebiet über Stadtgrenzen und über Kreisgrenzen hinweg bewegen konnte, als mustergültig galt. Viele andere Verbände und kommunale Gebietskörperschaften in Deutschland haben dieses Erfolgsmodell des Siedlungsverbandes Ruhrkohlenbezirk kopiert.

Es ist an der Zeit, dass es wieder eine einheitliche Landes- und Regionalplanung für das Ruhrgebiet gibt. Denn nur wenn man Grenzen überwindet und wenn man die Zersplitterung im Ruhrgebiet überwindet, kann das Ruhrgebiet zu alter Stärke zurückkommen.

(Lothar Hegemann [CDU]: Sehr richtig!)

Dass das nicht jedem passt, dafür habe ich allergrößtes Verständnis. Nur frage ich mich: Wo ist denn das Selbstbewusstsein des Dortmunder Oberbürgermeisters, wenn er Angst davor hat, dass das Ruhrgebiet endlich wieder zu alter Stärke zurückfindet?

(Beifall von CDU und FDP)

Herr Bollermann, auf Ihren Einwurf, das sei falsch zitiert, liefere ich gerne das Originalzitat; ich war nämlich dabei, als Herr Langemeyer es gesagt hat. Dieser Oberbürgermeister sagte, er wolle nicht Bezirksvorsteher in einer Metropole Ruhr werden. – Ich frage mich: Ist der Mann richtig an der Spitze des Vorstandes des RVR, wenn er nicht in Gemeinsamkeiten denkt, wenn er nicht in Ruhrgebietsdimensionen denkt,

(Beifall von CDU und FDP)

sondern wenn er allein die Interessen seiner Stadt und seine persönlichen Interessen verfolgt?

(Thomas Eiskirch [SPD]: Herr Hegemann hat in der Anhörung das Gegenteil behauptet!)

Ich gebe Ihnen die Antwort gleich hinterher: In der Tat ist er falsch am Platze. Denn dieser Oberbürgermeister und auch andere sozialdemokratische Oberbürgermeister im Ruhrgebiet wollen die Stärke des Ruhrgebietes offenbar nicht, wollen nicht die Gemeinsamkeit im Ruhrgebiet.

(Prof. Dr. Gerd Bollermann [SPD]: Die Zitate beweisen was anderes!)

Darum ist es gut, dass es jetzt die einheitliche Regionalplanung gibt. Es ist ja richtig: Es haben sich schon vorher Städte zusammengefunden und in einer Planungsgemeinschaft gemeinsame Sache gemacht. Das ging übrigens von der Stadt Gelsenkirchen unter ihrem damaligen Oberbürgermeister aus, weil die Vorgängerlandesregierung nicht bereit war, dem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltungsstruktur zu geben.

(Beifall von der CDU)

Diese Planungsgemeinschaft ist aus der Not heraus geboren, weil Sie nicht bereit waren, dem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltungsstruktur zu geben.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das steht im Gesetz!)

Überspitzt gesagt: So, wie deutsche Kaiser dem Ruhrgebiet Universitäten verwehrt haben, haben sozialdemokratische Ministerpräsidenten diesem Ruhrgebiet eine einheitliche Verwaltungsstruktur verweigert.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, noch ein Wort zum Vorstand des RVR, der künftig durch einen Hauptausschuss ersetzt werden soll: Dieser Vorstand ist eine leere Hülse, weil die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister ihre Funktion nicht wahrnehmen und weil sie diesen Vorstand in den vergangenen zwei Jahren nicht mit Leben erfüllt haben.

(Beifall von Josef Hovenjürgen [CDU])

Wenn Sie sich die Teilnehmerlisten der Vorstandssitzungen anschauen, dann sehen Sie, wie ernst die von Ihnen so gerühmten sozialdemokratischen Oberbürgermeister dieses Gremium nehmen. Einen feuchten Kehricht kümmern Sie sich um diesen Vorstand. Sie haben kein Interesse an der Mitarbeit.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das ist eine Frechheit! Die Prozentsätze kriegen Sie gleich! Das ist absolut nicht korrekt, was Sie hier von sich geben!)

Darum ist es vernünftig und richtig, dass nicht, wie Sie das gerade erklärt haben, Funktionäre, sondern gewählte Mitglieder der Verbandsversammlung künftig nach demokratischen Regeln den Hauptausschuss und damit das oberste Organ des Regionalverbandes Ruhrgebiet bilden.

(Beifall von CDU und FDP)

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen, Sie sehen: Diese Landesregierung meint es ernst mit der Stärkung des Ruhrgebietes. Diese Landesregierung meint es ernst mit einer einheitlichen Verwaltungsstruktur für das Ruhrgebiet. Ich bin sicher, am Ende wird die Aussage, mit der ich diese Rede begonnen habe, ihre Richtigkeit unter Beweis stellen: Wir machen das Ruhrgebiet stark. – Vielen Dank.

(Beifall von CDU und FDP – Britta Altenkamp [SPD]: Sie haben eine seltsame Vorstellung von Wahrheit!)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Minister Wittke. – Für die SPD hat jetzt Herr Kollege Eiskirch das Wort.

Thomas Eiskirch (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren! Fangen wir doch mit dem an, was zum Ende gesagt worden ist. Sie haben dem Herrn Oberbürgermeister und Vorsitzenden des Vorstandes des RVR, Herrn Lange-meyer, gerade Kirchturmdenken und Provinzialismus vorgeworfen.

(Manfred Kuhmichel [CDU]: Zu Recht!)

Ich möchte an dieser Stelle – mit Erlaubnis des Präsidenten – den Kollegen Hegemann zitieren, der in der Anhörung zu genau diesem Thema gesagt hat:

„Zunächst eine Vorbemerkung: Herr Dr. Langemeyer, Sie sind eine der Ausnahmen bei den Oberbürgermeistern. Neben wenigen anderen vertreten Sie Verbandsinteressen. Ich kann Ihnen alles vorwerfen, nur keine Kirchturmpolitik für Dortmund.“

(Heiterkeit und Beifall von der SPD)

Vielen herzlichen Dank, meine Damen und Herren.

Herr Wittke, hier wird immer das Gerücht gestreut, die SPD hätte gar kein Interesse an dieser Verbandsarbeit und würde dem Vorstand fernbleiben. Es gibt eine Statistik über die Anwesenheit der Oberbürgermeister und Landräte bei den RVR-Verbandsversammlungen im Zeitraum vom 17. Januar 2005, als die erste RVR-Verbandsver-

sammlung war, bis zum 11. September 2006, also bis zur Einbringung dieses Gesetzes. Das sind alles Prozentangaben. Anwesend von den CDU-Oberbürgermeistern und CDU-Landräten – das ist ja eine überschaubare Anzahl –: 85 %, von den Oberbürgermeistern und Landräten der SPD: 93 %.

(Beifall von der SPD – Widerspruch von der CDU)

Auch zu diesem Thema würde ich Ihre Behauptungen ungern noch einmal hören.

Jetzt zu den Grünen! Kollege Becker, ich fasse einmal zusammen, was Sie vorhin gesagt haben. Sie haben gesagt, die Grünen finden, dass der Deckmantel eine schöne Farbe hat und gut aussieht. Er verdeckt zwar eine Schweinerei, aber weil er so schön ist, machen die Grünen die Schweinerei mit. – Das finde ich nicht in Ordnung. Das sage ich Ihnen ganz deutlich.

(Beifall von der SPD)

Das, was da passiert, die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte, ist eine Schweinerei. Diesen Deckmantel sollten Sie nicht mittragen. Er steht Ihnen nicht. Ich hätte mich gefreut, Sie würden das anders sehen.

(Beifall von der SPD)

Der Kollege Töns hat vorhin ein paar sehr richtige Dinge gesagt. Er hat gesagt: Natürlich können wir über Regionalplanung für das Ruhrgebiet reden. – Die Frage ist nur: Wollen wir die Erfahrung der regionalen Flächennutzungsplanung, die Sie ja mittragen, Herr Minister Wittke, und auch ausprobieren wollten, weswegen sie auch im Gesetz stand, nicht abwarten? Warum müssen wir heute entscheiden, wie es 2010 weitergehen soll? Das dient ausschließlich als Deckmantel für die Entmachtung der Oberbürgermeister und Landräte im Ruhrgebiet, als Deckmantel für Ihre pure Machtpolitik im Ruhrgebiet!

(Beifall von der SPD)

Herr Kollege Hovenjürgen, es ist nahezu eine Unverschämtheit, zu sagen, die Einzige, die nicht lernen würde und nichts mitbekomme, sei die SPD.

(Beifall von Dietmar Brockes [FDP])

Die Anhörung zu diesem Gesetz war ein Desaster für diese Landesregierung. Außer Herrn Mitschke – und das ist Ihr eigener Fraktionsvorsitzender im RVR – hatten Sie keinen, der auch nur irgendetwas vernünftig daran fand.

Ich würde gerne – mit Genehmigung des Präsidenten – einfach einmal ein paar Zitate von mir geben; ich nehme jetzt keine von unseren Oberbürgermeistern.

(Zuruf von der FDP: Davon haben Sie auch nicht mehr viele!)

Dr. Roland Kirchhof, „Pro Ruhrgebiet“:

(Minister Oliver Wittke: Ehemaliger SPD-Oberstadtdirektor!)

„Wenn man den Vorstand zu einem reinen Verbandsausschuss reduziert, würde nach meiner Einschätzung das Engagement der Hauptverwaltungsbeamten geringer.“

(Zuruf von der CDU)

„Damit würde die Integration der Kommunen in die Arbeit des Verbandes ebenfalls sinken. Daher glaube ich, dass dieser Vorschlag eher nachteilige Auswirkungen hätte.“

So Herr Kirchhof in der Anhörung.

(Minister Oliver Wittke: Ehemaliger Hauptverwaltungsbeamter!)

Prof. Dr. Franz Lehner, Institut Arbeit und Technik:

(Minister Oliver Wittke: SPD-Mitglied! – Britta Altenkamp [SPD]: Alles klar! Genau!)

„Von daher ist diese Neulösung für mich zunächst einmal nicht einsichtig. Dass man sie jetzt schnell durchziehen will, kann ich mir eigentlich nur politisch erklären. Ich sehe dafür keinen sachlichen Grund; das muss ich offen sagen.“

Und weiter:

„Wer, zum Donnerwetter, soll denn die regionalen Effekte berücksichtigen und die Kommunen koordiniert zusammenbringen, wenn nicht diejenigen, die tatsächlich die Macht haben? Darüber muss man sich doch im Klaren sein.“

– Anscheinend nicht! –

„Der Verbandsausschuss hat diese Macht nicht. Die Oberbürgermeister haben aber die Macht und die Legitimation. Nur so bekommen Sie die Koordination hin.“

(Josef Hovenjürgen [CDU]: Was ist das denn für ein Politikverständnis?)

„Alles andere geht an den Problemen des Strukturwandels im Ruhrgebiet und an den realen Problemen der Koordinierung schlicht und einfach vorbei.“

Ihre Oberbürgermeister haben sich gedrückt! Zur Anhörung sind alle drei nicht erschienen, Herr Kollege Hovenjürgen!

(Beifall von der SPD – Zuruf von der CDU:
Das ist abenteuerlich!)

Jetzt können auch die Vorwürfe aus den Reihen der CDU aufhören. Dr. Martin Klein,

(Zuruf von Lothar Hegemann [CDU])

Landkreistag Nordrhein-Westfalen/Städtetag Nordrhein-Westfalen/Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen:

„Auch die kommunalen Spitzenverbände erachten es für richtig, zunächst das zu evaluieren, was im Moment – seit gerade einmal zwei Jahren – geschieht. Deshalb hätten wir uns gewünscht, das Ganze in den Kontext der auch von dieser Landesregierung angestrebten Verwaltungsstrukturreform einzubetten – die nach dem Koalitionsvertrag allerdings erst für 2012 in Aussicht genommen wird. Vor diesem Hintergrund wäre es sicherlich sachdienlich gewesen, zunächst einmal auszuwerten, wie sich die derzeitige Regelung bewährt. Nach dem, was wir von den Oberbürgermeistern und Landräten wissen, hat sie sich gar nicht als so schlecht erwiesen. Von daher sind wir skeptisch, ob die in diesem Gesetzentwurf in Aussicht gestellten Verbesserungen wirklich mehr Chancen als Risiken mit sich bringen.“

Das sagt Herr Klein für den Städte- und Gemeindebund Nordrhein-Westfalen und für weitere kommunale Spitzenverbände. Er sagt weiter, die Verbände bedauern,

„dass hier der zweite Schritt vor dem ersten in Angriff genommen wird; denn wir werden selbstverständlich weiteren gesetzgeberischen Bedarf haben,“

– Man wartet nicht einmal ab, bis der Rest geschehen muss! –

„zumal das Ganze auch im Verhältnis zu weiteren Spezialgesetzen nicht kompatibel gestaltet worden ist. ... Hier gibt es eine ganze Menge von Sollbruchstellen. Dort wären wieder gesetzgeberische Feinarbeiten zu leisten. Stichwort: Nachbesserung. Von daher sollte man an dieser Stelle keinen Schnellschuss abfeuern.“

Und zu guter Letzt, weil die Anhörung für Sie ein solches Desaster war, ende ich mit dem Statement von Herrn Engelbert Rauen, Regionalrat bei der Bezirksregierung Münster:

„Es macht keinen Sinn, diesen Bereich vorzuziehen,“

– also die Regionalplanung und die Entmachtung der Oberbürgermeister –

„wenn man 2012 die Strukturen ohnehin neu ordnet. In diesem Zusammenhang gibt es nämlich Probleme, eine entsprechende Neuorganisation vorzunehmen.“

Vielleicht können wir als SPD Sie nicht überzeugen, aber vielleicht die Experten in der Anhörung und zu guter Letzt Ihr Parteikollege Herr Rauen. Meine Hoffnung ist gering, aber ich versuche es zum letzten Mal. – Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der SPD)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Eiskirch. – Für die CDU hat sich Herr Kollege Hovenjürgen noch einmal zu Wort gemeldet.

Josef Hovenjürgen (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Herr Kollege Eiskirch, welches Demokratieverständnis haben Sie eigentlich? Das habe ich Ihnen auch schon einmal im Ausschuss vorgehalten.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Die Räte legitimieren die Bürgermeister. Die Bürgermeister haben nicht die Machtpositionen im Ruhrgebiet, denn die Räte legitimieren das Handeln der Bürgermeister im Ruhrgebiet! Sie müssen sich langsam einmal angewöhnen, in kommunalpolitischer Hinsicht demokratisch zu denken;

(Thomas Eiskirch [SPD]: Demokratieverhinderer!)

offensichtlich ist das Ihnen nicht in die Wiege gelegt!

(Carina Gödecke [SPD]: Oh, Vorsicht!)

Meine Damen und Herren, ich sage an dieser Stelle auch noch einmal ganz deutlich: Die Zeit, die Herr Eiskirch eingefordert hat, hat das Ruhrgebiet nicht.

(Zuruf von Frank Sichau [SPD])

Wir müssen im Ruhrgebiet endlich gemeinsam handeln, Egoismen ablegen und das Ruhrgebiet nach vorne bringen. Wo sind Ihre Erfolge der letzten 39 Jahre, die deutlich machen, dass Ihre Politik fürs Ruhrgebiet mehr gebracht hat als die Problemstellungen, die wir heute sehen?

(Beifall von CDU und FDP)

Wie lange haben Sie den Menschen im Ruhrgebiet vorgegaukelt, sie könnten alles so lassen, wie es ist, anstatt sie auf Veränderung, Erneuerung und auf die Chancen bei Erneuerung einzustellen?

(Zuruf von Britta Altenkamp [SPD])

Das alles haben Sie versäumt.

(Widerspruch von Thomas Eiskirch [SPD])

Sie versäumen wieder eine riesige Chance. Sie sind nicht zukunftsfähig fürs Ruhrgebiet.

(Widerspruch von Dieter Hilser [SPD])

Das haben Sie heute eindrucksvoll bewiesen.

(Beifall von CDU und FDP)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Hovenjürgen. – Für die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen hat jetzt noch einmal Herr Kollege Becker das Wort.

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal muss ich feststellen: Zukunftsfähigkeit fürs Ruhrgebiet beweist sich natürlich nicht nur am heutigen Tag in dieser Debatte, sondern sie beweist sich im weiteren Verlauf in praktischem Handeln – auch ab 2009.

(Beifall von der CDU)

Zweitens. Herr Eiskirch, ich habe mich deshalb noch einmal gemeldet, weil ich das ganz deutlich geraderücken muss. Wissen Sie: Wir als grüne Partei bemühen uns seit fast 20 Jahren um eine einheitliche regionale Planungskompetenz für das Ruhrgebiet.

(Zuruf von Dietmar Brockes [FDP])

Sie müssen es schon uns überlassen, mit welcher Priorität wir das zu der Frage von Vorstand und Ausschuss ins Verhältnis setzen.

Ich sage Ihnen: Für uns ist diese regionalplanerische Kompetenz für den RVR das zentrale Argument, warum wir am Schluss diesem Gesetz zustimmen werden.

(Zuruf von Thomas Eiskirch [SPD])

Ich muss Ihnen weiterhin sagen, dass die Oberbürgermeister/innen und Bürgermeister/innen immer noch mitwirken können: zum einen über die Verbandsversammlung, zum zweiten aber selbstverständlich, indem sie von der jeweiligen Partei in den Ausschuss entsandt werden. Sie haben objektiv das arithmetische Problem, dass sie nicht

alle entsenden können. Das kann ich nachvollziehen; das ist mir klar.

Aber ich glaube: Die Zukunftsfähigkeit, von der hier gesprochen worden ist, bemisst sich auch daran, dass in einem demokratisch legitimierten Gremium – wie das bei den Mehrheiten 2009 aussehen wird, weiß heute noch niemand von uns – alle zusammen aufgerufen sind, die Oberbürgermeisterinnen und Oberbürgermeister so mit an den Tisch zu bekommen, dass sie in ihrer Kompetenz und in ihrer Stärke an den gemeinschaftlichen Zielen mitarbeiten.

Darauf sollten wir uns verständigen können und nicht darauf, dass Sie uns vorwerfen, das sei ein Feigenblatt, nur weil wir die Planungskompetenz für das zentrale Argument und das zentrale Moment halten, aufgrund dessen wir diesem Gesetz trotz aller Bedenken an anderen Stellen unter dem Strich zustimmen.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Becker, gestatten Sie eine Zwischenfrage des Abgeordneten Eiskirch?

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Von mir aus gerne.

Vizepräsident Oliver Keymis: Herr Eiskirch, bitte schön.

Thomas Eiskirch (SPD): Sie hätten das aufgrund Ihrer Ausführungen fast sein lassen können. Ich wollte Sie nur für den Fall fragen, dass die CDU Ihnen alternativ angeboten hätte, noch weitere zwei Jahre, wie es im Gesetz steht, die Erfahrungen mit der regionalen Flächennutzungsplanung zu machen, um dann ein möglichst optimales Regionalplanungsgesetz für die nächste Legislaturperiode ab 2010 auf den Weg zu bringen und dafür die – ich sage es noch einmal – Schweinerei, die sich unter diesem Deckmantel verbirgt, wegzulassen:

Wäre das eine vernünftige Lösung gewesen, über die man auch mit uns vernünftig hätte reden können, weil man mal im Gesamtkontext gesprochen hätte? Insofern war mein Vorwurf vorhin an Sie gerichtet. Würden Sie mir zustimmen, dass ein solches Angebot auch Ihnen lieber gewesen wäre?

Horst Becker^{*)} (GRÜNE): Ich will Ihnen gerne sagen, was uns lieber gewesen wäre. Ich habe es, glaube ich, vorhin schon einmal gesagt. Uns wäre lieber gewesen, wenn es insgesamt Kompromissfähigkeit gegeben hätte und man zum Beispiel mit einer Zweidrittelmehrheit in dem Gremium gear-

beitet hätte. Denn umgedreht ist es auch nachvollziehbar, dass jemand eine gewisse Scheu davor hat, weil es demokratisch nicht mehr absolut repräsentativ ist.

Aber das Entscheidende aus meiner persönlichen Sicht – ich glaube, aber auch aus der Sicht unserer Freundinnen und Freunde im Ruhrgebiet – ist, dass das Datum tatsächlich auch das Datum der nächsten Kommunalwahl ist, zu dem die Planungskompetenz auf dieses Gremium übergeht. Das ist dann 2009.

Ich würde eher umgekehrt die Hoffnung darauf setzen, dass wir alle zusammen, auch der RVR, noch manches an den unausgegorenen und unvernünftigen Planungen, soweit sie überhaupt bekannt sind, zu einer Verwaltungsstrukturreform dieser Regierung in Korrektur bringen, aber ich würde jetzt nicht den ganzen Zug aufhalten, nur weil das Gremium des Vorstandes durch einen Ausschuss in einer Art und Weise ersetzt worden ist, wie sie aus unserer Sicht nicht ideal ist. Ich denke, das ist nachzubessern.

(Beifall von den GRÜNEN)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank für die Antwort, Herr Kollege Becker. – Als nächster Redner spricht für die Fraktion der FDP Herr Abgeordneter Witzel.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Eines direkt zu den Sozialdemokraten: Wir haben im Revier bei all den Strukturproblemen nicht mehr die Zeit, länger die notwendigen Modernisierungsmaßnahmen zu verschlafen.

(Thomas Eiskirch [SPD]: Das wissen Sie doch heute und nicht 2009!)

Deshalb müssen wir jetzt zur Umsetzung kommen. Das hat Ihnen in der Planung für die Region mein Kollege Holger Ellerbrock eingangs bereits exzellent dargestellt.

Um Ihre Frage zu beantworten: Warum brauchen wir eine Veränderung in den Gremien? Ganz einfach: weil bei all dem, was Sie damals, noch unter rot-grüner Federführung, auf den Weg gebracht haben, immer noch ein Selbstfindungsprozess im RVR im Gange ist, es bis heute keine wirklich demokratisch vernünftigen Strukturen gibt, die repräsentativ sind, und deshalb der RVR noch in den Kinderschuhen steckt.

Am besten sehen Sie das, wenn Sie sich das bildlich vorstellen. Da ist ein Laufstall, darin sitzen elf kleine Oberbürgermeister und vier Landräte. Von

diesen 15 Babys sind zwölf rot und drei schwarz lackiert. Unter ihnen ein besonders großes rotes halbstarke Baby. Dieses Baby ist der Oberbürgermeister von Dortmund, Gerhard Langemeyer, auch Vorsitzender des RVR-Vorstands. Er hat eine Rassel in der Hand. Die Rassel ist die Insignie des Amtes als RVR-Vorstandsvorsitzender, und damit rasselt er allen, die um seinen Laufstall herumstehen, etwas vor.

Da stehen seit zwei Jahren nicht mehr die glücklichen Eltern, die sich rot und grün freuen, wie man es sich bei einer ach so harmonischen Kinderzimmerszenarie vorstellen könnte.

(Markus Töns [SPD]: Die CDU war auch dabei!)

Nein, wir wissen, die unfähigen Eltern sind längst vor zwei Jahren in Düsseldorf abgewählt worden. Längst stehen dort neue Eltern, nicht gerade leibliche Anverwandte, nämlich die schwarz-gelbe Landesregierung. Die guckt der kleine Gerhard nun ganz besonders grimmig an und droht ihnen mit seiner Rassel, sobald sie sich regen, und er ahnt, dass man ihm sein liebstes Spielzeug, diese Rassel, wegnehmen könnte.

Warum spielt er nun diese Rolle? Nun, im Laufstall, dem RVR-Vorstand, sitzen, wie gesagt, zwölf rote und drei schwarze Babys. Mit dieser SPD-Dominanz im Kinderstall genießt Gerhard die für ihn notwendige Narrenfreiheit und blockiert eine effektive Arbeitsweise im RVR.

Deshalb kommen wir nun zu den notwendigen Änderungen, weil der aktuelle RVR-Vorstand mit seinen Kräfteverhältnissen nicht die tatsächlichen Mehrheiten der Region wiedergibt, weil es nicht das demokratische Abbild der Region ist. Der Vorstand des RVR und sein Einfluss haben sich zunehmend als Bremse erwiesen. Der geheimtägende Vorstand sieht seine Aufgabe darin, die Beratungen im Ruhrparlament und seinen Ausschüssen zu kontrollieren und zu verzögern.

Der derzeitige Vorstand übt keine effektive Steuerung aus. Zunehmend schwänzen deshalb auch die Hauptverwaltungsbeamten die Sitzungen, besonders der Hoffnungsträger und neu erkorene Chef der Ruhr-SPD, Frank Baranowski. Wie das „Wirtschaftsmagazin Ruhr“ in seiner Mai-Ausgabe berichtet – das ist gerade erst gewesen –, lässt er sich jede zweite Sitzung entschuldigen. So wichtig scheint ihm eine dauerhaft kontinuierliche und fachliche Arbeit im RVR-Vorstand doch nicht zu sein.

(Zuruf von der CDU: Hört, hört!)

Meine Damen und Herren, wir werden deshalb nun zur Änderung des RVR-Gesetzes schreiten. Wir sorgen dafür, dass wir eine selbstbewusste Regionalentwicklung bekommen und der Region die Instrumente an die Hand geben, um selber für sich Verantwortung zu übernehmen,

(Britta Altenkamp [SPD]: Sie sind heute wieder so selbstverliebt!)

und das Ganze eingebettet in demokratische Strukturen einer Steuerung und Kontrolle. – Ich danke Ihnen.

(Beifall von FDP und CDU)

Vizepräsident Oliver Keymis: Vielen Dank, Herr Kollege Witzel. – Es liegen keine weiteren Wortmeldungen vor.

Wir kommen damit zur Abstimmung. Der Ausschuss für Wirtschaft, Mittelstand und Energie empfiehlt in seiner **Beschlussempfehlung Drucksache 14/4356**, den Gesetzentwurf Drucksache 14/2774 unverändert anzunehmen. Wer ist für diese Beschlussempfehlung? – Die Fraktionen von CDU, FDP und Bündnis 90/Die Grünen. Wer ist gegen diese Beschlussempfehlung? – Die Fraktion der SPD. Wer enthält sich? – Niemand. Damit ist die Beschlussempfehlung **angenommen**.

Wir kommen zu:

8 Strukturpolitik für das Bergische Städtedreieck

Antrag
der Fraktion der SPD
Drucksache 14/4348

Ich eröffne die Beratung und erteile für die antragstellende Fraktion Herrn Kollegen Eiskirch das Wort.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie, den Saal möglichst geräuschlos zu verlassen.

Thomas Eiskirch (SPD): Kolleginnen und Kollegen! Meine Damen und Herren!

„Das Bergische Städtedreieck ist eine der ältesten Industrieregionen Deutschlands. Hier wurden weltweit bekannte Erfindungen gemacht, Produkte erdacht und Erfolg hart erarbeitet. Diese Region hat zu einem gewichtigen Anteil zur industriellen und wirtschaftlichen Entwicklung Nordrhein-Westfalens beigetragen.“

So beginnt – ich lese ihn jetzt nicht insgesamt vor – unser Antrag, über den wir heute miteinander zu debattieren haben.

Die industrielle Basis hat sich seit den 90er-Jahren des letzten Jahrhunderts bis heute jedoch deutlich verschlechtert. Über 47 % der Arbeitsplätze im industriellen Sektor sind von 1990 bis 2005 verloren gegangen. In den letzten beiden Jahren hat sich dieser Trend trotz des konjunkturellen Aufschwungs weiter verschärft.

Im Dienstleistungssektor konnte dies nicht aufgefangen werden. In diesem stieg die Zahl der Arbeitsplätze landesweit zwar um fast 25 %, im Bergischen Städtedreieck jedoch um nicht einmal 3 %. Man muss also bei dem Nachholbedarf im Dienstleistungssektor, aber vor allem auch bei dem Strukturwandel des industriellen Kerns, dem Rückgrat einer solchen wirtschaftlichen Entwicklung, diese Region stärken. Dabei kann man auf gute Impulse aufbauen, die die Regionale 2006 in der Region und aus der Region gesetzt hat, vor allem Impulse, die die infrastrukturelle Ausstattung verbessert hat. Darauf aufbauend müssen aber auch Impulse in den wachstumstreibenden Bereichen erfolgen, bei der Förderung von kleinen und mittleren Unternehmen, bei der Gründungsförderung und bei technologie- und wissensbasierter Wirtschaft.

Und schon sind wir wieder – das ist nicht unbeliebt – beim EFRE-Teil des Ziel-2-Programms, welches die EU auflagt, um Regionen mit schwächerer Wirtschaftsstruktur Perspektiven zu geben, damit sie aufholen können. Das Bergische Städtedreieck hat in der alten Förderperiode 2000 bis 2006 nicht partizipieren können, weil die Fördergebietskulisse – damals noch räumlich begrenzt – sehr eng war.

(Zuruf von der CDU)

– Das hat die EU vorgegeben. Das war nicht das, was wir wollten. Wir gehörten auch zu denen, die das hinterher mit aufgehoben haben.

Ihnen ging es damals, wenn man das ein bisschen böswillig formuliert, nicht schlecht genug, um mitgefördert zu werden.

(Zuruf von der CDU)

– Das muss man so sagen. Das ist nicht böse gemeint. – In der neuen Periode haben sie Pech, weil CDU und FDP, kaum kann diese Region etwas bekommen, den Kuchen bzw. – ich sage das vielleicht besser mit den Worten Ihres Düsseldorfer Oberbürgermeisters Erwin – den Brei unter allen aufteilen möchten. Jeder soll etwas abbekommen. Mit jeder Region, die dort partizipieren